



# Die Abschaffung der Wohnungszwangswirtschaft und die Einführung des sozialen Mietrechts

1. Großkundgebung „Gleiches Recht für Haus und Grund“ am 5. März 1960 in der Dortmunder Westfalenhalle 142
2. Verbandstag am 15. und 16. Juli 1960 in Düsseldorf im Zeichen des Abbaus der Wohnungszwangswirtschaft und des sozialen Miet- und Wohnrechts 142
3. Verbandstag am 1. und 2. Juni 1961 in Bad Godesberg mit Kritik an Beitragserhöhung des Zentralverbandes 146
4. Vorstandssitzung am 21. Juni 1961 in Köln über den neuen Generalsekretär Dr. Paul und eine Wahlkampf-Spende für die CDU 147
5. Außerordentliche Mitgliederversammlung am 9. Dezember 1961 in Köln zur Erhöhung des Mitgliedsbeitrags 147
6. Verbandstag am 20. und 21. Juli 1962 in Düren kurz nach Errichtung der Berliner Mauer 148
7. Auf der Vorstandssitzung am 23. März 1963 in Düsseldorf wird Hans Walter Laut als neuer juristischer Mitarbeiter vorgestellt 148
8. Verbandstag am 28. und 29. Juni 1963 in Neuss mit einem Gedenken an die Verstorbenen, mit denen eine Organisation steht und fällt 149
9. Verbandstag am 25. April 1964 in Krefeld mit Kritik an der unterlassenen Mieterhöhungsmöglichkeit in den „schwarzen Kreisen“ 149
10. Verbandstag am 18. und 19. Juni 1965 im Gürzenich in Köln anlässlich des 50-jährigen Jubiläums 152
11. Vorstandssitzungen zur Aufklärungspropaganda über die Abbaugesetzgebung, zur CDU-Wahlkampfhilfe und zum 40-jährigen Dienstjubiläum von Dr. Hesberg 154
12. Verbandstag am 6. Mai 1966 in Wuppertal mit scharfer Kritik am Land NRW 154
13. Verbandstag am 21. und 22. April 1967 in Solingen: „Hände weg vom Lücke-Plan“ 156
14. Vorstandssitzung befasste sich u. a. mit einer Altersvorschrift in der Zentralverbands-Satzung 157



## 1 Großkundgebung „Gleiches Recht für Haus und Grund“ am 5. März 1960 in der Dortmunder Westfalenhalle

Am 5. März 1960 fand eine Großkundgebung des Zentralverbandes in der Westfalenhalle in Dortmund statt, an der 23.000 Hauseigentümer teilgenommen haben.<sup>1</sup> Der Rheinische Verband hatte hierzu extra einen Sonderzug von Köln nach Dortmund organisiert. Zentralverbandspräsident Dr. Preusker stellte sechs Forderungen an den Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung. So sollten alle Wohnungen zum 1. Juli 1960 aus der Bewirtschaftung und der Mietpreisbindung genommen werden.

Alle Wohnungen sollten jeweils zum 1. Juli der Folgejahre in den Städten freigestellt werden, in denen das Wohnungsdefizit weniger als drei Prozent betragen würde. Die weiteren Forderungen waren die Modernisierungsmöglichkeit des Altbwohnungsbestandes, die Zulassung einer Mieterhöhung bis zu max. 38 Prozent der Grundmiete, der Verzicht auf die Neufassung des Mieterschutzgesetzes und die Zurückstellung der Beratung des „sozialen Mietrechts“. Alle Zwangsgesetze sollten auf dem Gebiet des Wohnungswesens zu Beginn des Jahres 1963 außer Kraft gesetzt werden.

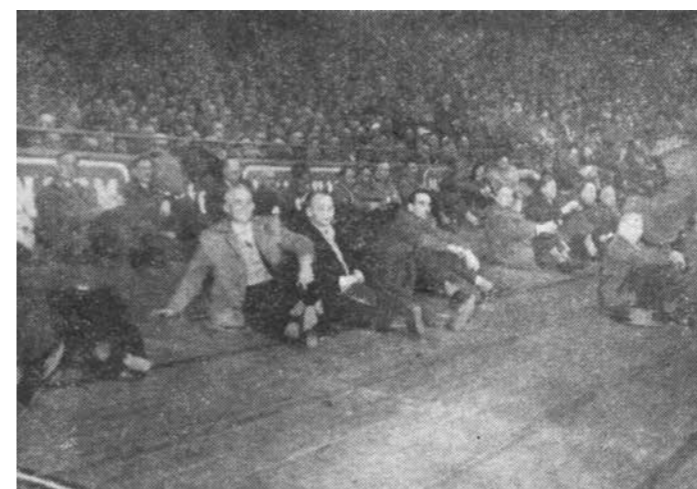
## 2 Verbandstag am 15. und 16. Juli 1960 in Düsseldorf im Zeichen des Abbaus der Wohnungszwangswirtschaft und des sozialen Miet- und Wohnrechts

Der 45. Verbandstag begann mit einer Arbeitstagung am 15. Juli 1960, auf der Staatssekretär Prof. Dr. Ernst vom Bundeswohnungsbauministerium über das Bundesbaugesetz sprach. In der öffentlichen Kundgebung referierte NRW-Justizminister Dr. Flehinghaus über die staatsbürgerliche Verantwortung des Hausbesitzes.<sup>2</sup>

Einen Tag später, am 16. Juli 1960, fand im Terrassensaal der Rheinterrassen in Düsseldorf die Mitgliederversammlung statt. Der Verbandstag stand ganz im Zeichen des Gesetzes über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und über ein soziales Miet- und Wohnrecht.<sup>3</sup>

Zum 1. Januar 1960 betrug der Mitgliederbestand 70.038. In der Begrüßungsansprache hob Oberstadtdirektor a. D. Dr. Schaub hervor, dass gerade der Rheinische Verband sich in besonderer Weise mit dem Teil des Lücke-Plans befasst habe, der Dauerrecht werden sollte. Zwar habe er Verständnis für kritische Stimmen gehabt. Auf der anderen Seite seien aber Kompromisse bei so einem Gesetz, das die Wohnungszwangswirtschaft abgeschafft und das soziale Mietrecht gestärkt habe, unvermeidbar. Herr Dr. Schaub dankte Herrn Dr. Hesberg für dessen aufopferungsvolle Tätigkeit als zuständiger Ausschussvorsitzender im Deutschen Bundestag. Er dankte aber auch dem Zentralverbandspräsidenten Dr. Preusker sowie dem

*Zur Großkundgebung des Zentralverbandes  
in die Westfalenhalle mit einem Sonderzug  
des Rheinischen Verbandes von Köln  
nach Dortmund, 1960*



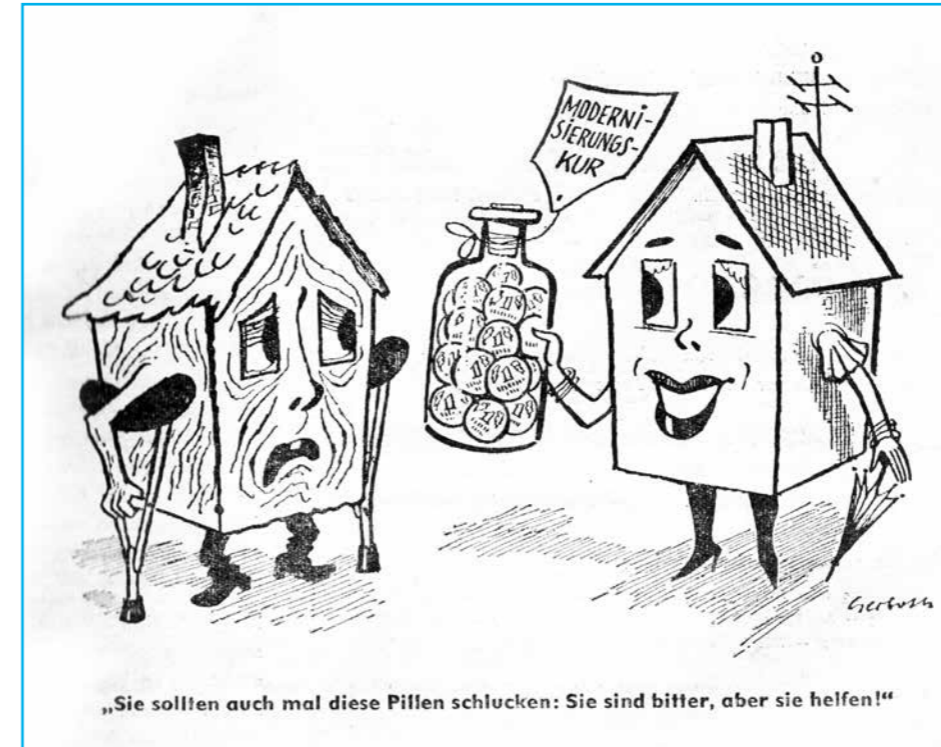


Wohnungsbauminister Lücke. Aufgrund des neuen Gesetzes kamen neue Aufgaben auf den Verband und die Vereine zu. Die Vortragstätigkeit, die Auskünfte und die Betreuung beim Ausfüllen der Mieterhöhungsformulare stellten eine außergewöhnliche Anforderung an die Mitarbeiter dar, damit alle Mitglieder zum 1. August 1961 zu ihrem Recht kommen konnten.

Dr. Hesberg trug im Geschäftsbericht vor, dass am 1. Oktober 1960 fast 100 Kreise von annähernd 600 Stadt- und Landkreisen aus der Wohnungsbewirtschaftung ausscheiden würden. Die Freigabe der Mieten zum 1. Juli 1962 war erfolgt, um eine Zusammenballung in den angrenzenden Gemeinden der Großstädte zu vermeiden. Die zweite Mieterhöhung trug zur Entzerrung des Mietgefüges bei. Die Modernisierung von Altwohnungen konnte vorangetrieben werden. Die Sozialklausel, die dem Mieter ein Widerspruchsrecht gegenüber einer befristeten Kündigung einräumte, stellte keinen Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz dar. Mietwucher sei nicht zu befürchten, weil neben der pauschalen Mietanhebung der Altbauten in Höhe von 15 Prozent der Grundmiete zulässige individuelle Mietanhebungen bis zu den Mietrichtsätzen des sozialen Wohnungsbaus keinesfalls 20 Prozent der Grundmiete übersteigen durften.<sup>4</sup>

Im Anschluss hieran hielt Diplom-Volkswirt Stöcker einen Vortrag über „Die Modernisierung des Altwohnungsbestandes als wichtige Aufgabe für die Zukunft“.

Die Mitgliederversammlung stimmte dem Beschluss des Vorstandes bezüglich der Erhöhung des Grundkapitals der Rheinischen Kreditgesellschaft und der Übernahme von 37.000 DM neuer Aktien der Rheinischen Kreditgesellschaft durch den Verband zu. Nur knapp ein halbes Jahr später – auf der Vorstandssitzung am 21. Januar 1961 im Hotel Fürstenhof in Köln – gedachte Dr. Schaub des verstorbenen Herrn Seyfried, der seit dem Jahr 1939 Aufsichtsratsvorsitzender der Rheinischen Kreditgesellschaft für Haus- und Grundbesitz gewesen war.<sup>5</sup> Herrn Seyfried sei es zu verdanken gewesen, dass die Gesellschaft während der nationalsozialistischen Herrschaft nicht verstaatlicht worden sei.



Haus und Grund, Nr. 11, November 1960

### Die Forderungen des Zentralverbandes der deutschen Haus- und Grundbesitzer

Der Präsident des Zentralverbandes der deutschen Haus- und Grundbesitzer **Bundesminister a. D. Dr. V. E. Preusker** richtete an den Bundestag, Bundesrat und die Bundesregierung vor **23 000** Hauseigentümern in der Westfalenhalle in Dortmund folgende Forderungen:

1. Herausnahme aller Einfamilienhaus-, Werks- und Genossenschaftswohnungen und der Groß- und Komfortwohnungen aus der Bewirtschaftung und Mietpreisbindung zum 1. Juli 1960, sowie aller Wohnungen, die nach dem 1. Juli 1960 diese Ausstattungsmerkmale durch Modernisierungsmaßnahmen auf Kosten des Vermieters erhalten.
2. Freistellung aller sonstigen Wohnungen von Bewirtschaftung und Mietpreisbindung in Stadt- und Landkreisen, in denen bereits zum 1. Juli 1960 und sodann jeweils zum 1. Juli der folgenden Jahre das Wohnungsdefizit weniger als 3% beträgt.
3. Die gesetzliche Sicherung der Möglichkeit von Modernisierung des Althausbesitzes, damit die Wettbewerbsfähigkeit des Altwohnungsbestandes mit den Wohnungsneubauten wieder hergestellt werden kann.
4. Die Zulassung einer Mieterhöhung bis zu max. 38% der Grundmiete. Ausgenommen von dieser Mieterhöhung sollen Kellerwohnungen, Bunkerwohnungen, Barackenwohnungen, Wohnungen in Behelfsheimen und Nissenhütten sowie sonstige behelfsmäßige Unterkünfte sein.
5. Verzicht auf die im Regierungsentwurf vorgesehene Neufassung des Mieterschutzgesetzes und Zurückstellung der Beratung des „sozialen Mietrechts“, statt dessen die Beibehaltung des gegenwärtigen Mieterschutzgesetzes bis zum 31. Dezember 1962, wobei allerdings als selbstverständlich erwartet wird, daß die größten Einseitigkeiten zuungunsten des Haus- und Grundbesitzes beseitigt werden.
6. Die Außerkraftsetzung aller Zwangsgesetze auf dem Gebiet des Wohnungswesens zu Beginn des Jahres 1963.

Wie alle Stellungnahmen der deutschen Hausbesitzerorganisation sind auch diese Forderungen maßvoll und von staatsbürgerlicher Disziplin getragen. Wenn der Zentralverband auf Eile drängt, damit das Befreiungswerk im Wohnungswesen endlich beginnen möge, so weiß er sich in seinem Bemühen mit Hunderttausenden von Hauseigentümern einig. — Versprechungen haben wir genug gehört. Laßt endlich Taten folgen, die den privaten Haus- und Grundbesitz von Ausnahmegesetzen befreien.

Haus und Grund, Nr. 4, April 1960



Die ausscheidenden Vorstandsmitglieder, die Herren Mörs aus Krefeld, Nagel aus Brühl, Drees aus Wuppertal-Barmen, Noble aus Duisburg, Viehöver aus Eschweiler, Albaum aus Langenfeld und Lamers aus Geldern wurden einstimmig wiedergewählt.

Haus und Grund, Nr. 11, November 1960



## Verbandstag am 1. und 2. Juni 1961 in Bad Godesberg mit Kritik an Beitragserhöhung des Zentralverbandes

Auf der Kundgebung zum Verbandstag am 1. und 2. Juni 1961 im Hotel Dreesen in Bad Godesberg sprachen Bob Frommes, Direktor aus Luxemburg, und Prof. Dr. Boesler aus Bonn. Während Direktor Frommes mit Hilfe von äußerst instruktiven Lichtbildern über die neuzeitliche Bauweise in ganz Europa einen Vortrag zum Thema „**Bauen wir richtig?**“ hielt, erklärte Prof. Dr. Felix Boesler die Schwierigkeiten, die sich mit der systematischen Landesplanung und Raumordnung ergaben. Dr. Carl Hesberg trug einen Bericht vor mit dem Titel: „**Hat der private Haus- und Grundbesitz noch eine Zukunft?**“<sup>6</sup>

Nach einer kurzen Begrüßung durch Herrn Dr. Schaub auf der Mitgliederversammlung sprach Dr. Hesberg und hielt den Geschäftsbericht.<sup>7</sup> Die Mitgliederzahl war um 2,8 Prozent auf 72.091 Mitglieder gestiegen. Dennoch sei nicht der Mitgliederzuwachs eingetreten, den man erwartet habe. Viele Hauseigentümer hätten nicht die richtige Vorstellung von der Organisation. Deren ideelle Aufgaben würden nicht erkannt. Man fasse die Organisation als eine Interessenvertretung des Althaus- und Miethausbesitzes auf. Die Einfamilienhaus- und die Neuhausbesitzer müssten mehr als bisher angesprochen werden. Notwendig sei auch, dass sich die Vereine stärker in das kommunalpolitische Geschehen einschalteten.

Anschließend referierte der 50-jährige Dr. Karl Fischer, der mittlerweile zwölf Jahre lang stellvertretender Verbandsgeschäftsführer war,<sup>8</sup> über das Thema „**Mieterschutz und soziales Mietrecht**“. Dr. Krahe sprach sodann über „**Fragen des Mietpreises**“. Dipl.-Volkswirt Stöcker trug einen Vortrag über die Wohnungsbauförderung vor.

Dr. Schaub erklärte, dass er vom Zentralverband verlangt habe, Unterlagen vorzulegen, aus denen sich die Notwendigkeit der Beitragserhöhung eindeutig ergeben solle. Solange diese Notwendigkeit nicht dargelegt sei, werde er gegen eine Beitragserhöhung stimmen. Dr. Schaub teilte schon auf der Vorstandssitzung des Rheinischen Verbandes am 21. Januar 1961 mit, dass er im Zentral-

verbandsvorstand die Meinung vertreten habe, dass der ZV, ohne vorher entsprechende Unterlagen vorgelegt zu haben, eine Beitragsanpassung nicht verlangen könne.<sup>9</sup> Die gleiche Kritik übt Haus & Grund Rheinland auch heute noch. Die Entwicklung der Gehälter und Sozialabgaben gaben zu denken. Innerhalb von nur drei Jahren waren die Gehälter von 178.000 DM im Jahre 1958 auf 310.000 DM im Jahre 1961 gestiegen. Es müsse darauf gedrungen werden, dass der Zentralverband genau wie die öffentliche Verwaltung einen Stellenplan vorlege, aus dem auch die finanziellen Lasten für den Pensionsfonds genau hervorgingen. Der ZV ließ sich aber mit detaillierten Erklärungen Zeit. Die Aussprache über die Beitragsanpassung ergab, dass große Unzufriedenheit herrschte. Dr. Hesberg drückte sein Befremden darüber aus, dass der ZV von Jahr zu Jahr mehr dazu neige, sich direkt an die Vereine zu wenden. Rechtsanwältin Nagel wies darauf hin, dass nicht die Vereine, sondern die Landesverbände Mitglieder des ZV seien. Der korrekte Weg, die Vereine zu informieren, führe daher über die Landesverbände. Außerdem böten



Hotel Dreesen in Bad Godesberg, 1965

die Mitteilungen des ZV nicht viel an handfester Information. Sie seien allenfalls eine angenehme Lektüre. Dr. Hesberg sprach von einer bewussten Konkurrenz des ZV. Sie passe ganz in die Politik der kleinen Nadelstiche, die der ZV gegenüber dem Rheinischen Verband treibe.

Die ausscheidenden Vorstandsmitglieder, die Herren Zumbach aus Wuppertal-Elberfeld, Hausmann aus Gummersbach, Papenhoff aus Neuss und Hansen aus Heiligenhaus wurden wiedergewählt. Anstelle des wegen Krankheit ausscheidenden Herrn Flabb aus Solingen wurde Herr Pongs, Vorsitzender des Vereins Solingen-Ohligs, gewählt. Herrn Flabb wurde in Anerkennung seiner Verdienste als Ehrenmitglied ohne Stimmrecht in den Vorstand gewählt. Dr. Schaub wurde ebenso wie Herr Schlösser aus Remscheid einstimmig wieder als Vorsitzender bzw. stellvertretender Vorsitzender gewählt.

## Vorstandssitzung am 21. Juni 1961 in Köln über den neuen Generalsekretär Dr. Paul und eine Wahlkampf-Spende für die CDU

In der Vorstandssitzung am 21. Juni 1961 berichtete Dr. Schaub, dass Dr. Theodor Paul der neue Generalsekretär des Zentralverbandes werden solle. Er habe den Eindruck, dass Herr Dr. Paul in seine neue Aufgabe hineinwachsen werde. Er sollte Recht behalten. 31 Jahre später sollte er noch Vorsitzender des Rheinischen Verbandes werden. Auf Vorschlag von Herrn Dr. Schaub beschloss der Vorstand, dass Verband und Verlag je 2.500 DM als Wahlspende der CDU zur Verfügung stellen würden. Man hoffte, so eine Absicherung von Dr. Hesberg, der in einem Kölner Wahlkreis kandidierte, auf der Landesliste erreichen zu können.<sup>10</sup>

## Außerordentliche Mitgliederversammlung am 9. Dezember 1961 in Köln zur Erhöhung des Mitgliedsbeitrags

Im Gebäude der Handwerkskammer am Heumarkt in Köln befasste sich am 9. Dezember 1961 eine außerordentliche Mitgliederversammlung mit einer Beitragserhöhung beim Rheinischen Verband, nachdem zuvor der Zentralverband eine Beitragserhöhung beschlossen hatte.<sup>11</sup> Die verlangten Unterlagen wurden durch den Zentralverband zwischenzeitlich vorgelegt. Die Mitgliederversammlung des Zentralverbandes hatte einer Beitragserhöhung um 20 Pfennig pro Mitglied mehrheitlich zugestimmt, so auch der Rheinische Verband. Aber auch der Rheinische Verband brauchte höhere Beiträge. Schließlich müsse man auch mit einer Stagnation oder rückläufigen Mitgliederbewegung rechnen. Der Vorstand schlug der Mitgliederversammlung vor, den Mitgliedsbeitrag von 2,40 DM um 50 Pfennig (20 Pf. Zentralverband, 30 Pf. Landesverband) zu erhöhen. Der Landesverbandsbeitrag würde dann 1,40 DM betragen. Von den 41 Vereinen stimmten 37 Vereine für eine Beitragserhöhung.

Abschließend hielt Dr. Carl Hesberg als wiedergewählter Bundestagsabgeordneter einen Vortrag zum Thema „**Der private Haus- und Grundbesitz in der vierten Legislaturperiode**“. Er ging hierbei auf das Gesetz über Miet- und Lastenbeihilfen und das soziale Mietrecht ein.



## Eilige Bestellungen sind bei uns an der Tagesordnung

Wenn Ihr Haus- und Grundbesitzer-Verein Ihre Wünsche im Augenblick nicht erfüllen kann, so rufen Sie uns bitte unter der Telefonnummer

**KÖLN 51 61 50**  
an. (Sie tun gut daran, die Nummer vorzumerken)

Wir werden Ihre telefonischen Bestellungen von:

Mietvertragsvordrucke  
Mietvertragsvordrucke für gewerbliche Räume  
Mietvertragsvordrucke für Garagen  
Mietquittungsbüchern - Hausordnungen  
Antennenvertragsvordrucke  
Wirtschaftlichkeitsberechnungen  
Berechnung der Kostenmiete  
Modernisierungshandbüchern  
Architekt, Bauherr und Unternehmer  
Erprobte Heizsysteme für Mehrfamilienhäuser  
Die Gemeinschaftsantenne - Wichtige Hinweise für Hauseigentümer  
Berechnung der Nebenkosten und Umlagen im Mietpreisrecht  
Bilderbuch vom guten Wohnen  
Sonstigen Formularen, wie Umlage erhöhter Grundsteuer, Freistellung von der Wohnraumbewirtschaftung, usw.

wie gewohnt ohne Verzögerung erledigen.

**Verlag Haus u. Grund  
Köln 5 - Postfach 203**

So warb der Verlag Haus und Grund im Jahr 1962 –  
Haus und Grund, Nr. 6, Juni 1962





Dr. Carl Schaub, 1963

## 6 Verbandstag am 20. und 21. Juli 1962 in Düren kurz nach Errichtung der Berliner Mauer

Der Verbandstag am 20. Juli 1962 in der Dürener Stadthalle begann mit einer Arbeitstagung, auf der Herr Düppe aus Essen zur Frage der Erschließungsbeiträge und der Baulandsteuer sprach. Auf der öffentlichen Kundgebung sprach Zentralverbandspräsident Viktor Emanuel Preusker zur sozialen Marktwirtschaft.<sup>12</sup>

Auf der Mitgliederversammlung am 21. Juli 1962 gedachte Dr. Schaub zunächst einer Reihe von Verstorbenen, insbesondere des Ehrenmitglieds des Vorstandes, Herrn Flabb, der über drei Jahrzehnte dem Vorstand des Rheinischen Verbandes angehört hatte.<sup>13</sup>

Beim Vortrag des Geschäftsberichts sagte Dr. Schaub, dass die Arbeit der Organisation seit der letzten Mitgliederversammlung im Zeichen einer außen- und innenpolitischen Hochspannung gestanden habe, die namentlich durch die Errichtung der Mauer in Berlin im August vergangenen Jahres ausgelöst worden sei. Auch waren die Bundestags- und die Landtagswahlen ein Thema. Es sei festzustellen, dass in weiten Kreisen eine immer mehr steigende Unzufriedenheit bemerkbar werde, die trotz Anhaltens der Hochjunktur zu Übersteigerungen der Anforderungen an den Lebensstandard geführt haben.

Anschließend wurden die üblichen Regularien behandelt. Die ausscheidenden Vorstandsmitglieder, die Herren Lambertz aus Aachen, Zopp aus Mönchengladbach, Dr. Thomashoff aus Düsseldorf, Dr. Gemünd aus Köln, Dr. Maubach aus Köln und Pütz aus Würselen wurden einstimmig gewählt. Anstelle von Herrn Wirtz aus Bonn wurde Bürgermeister a. D. Zurhorst aus Bonn einstimmig gewählt.

Im Anschluss haben dann Prof. Jensen aus Kiel und Ministerialrat Lange aus Düsseldorf über Probleme der Städtesanierung gesprochen. Anschließend ging die Kaffeefahrt nach Nideggen.<sup>14</sup>



Berliner Mauer

## 7 Auf der Vorstandssitzung am 23. März 1963 in Düsseldorf wird Hans Walter Laut als neuer juristischer Mitarbeiter vorgestellt

In der Vorstandssitzung am 23. März 1963 im Hotel Zweibrückerhof in der Königsallee in Düsseldorf stellte Dr. Schaub Herrn Assessor Laut als neuen juristischen Mitarbeiter vor, der als Nachfolger des nach kurzer Tätigkeit aus den Diensten des Verbandes ausgeschiedenen Assessor Heimann begonnen hat.<sup>15</sup>

## 8 Verbandstag am 28. und 29. Juni 1963 in Neuss mit einem Gedenken an die Verstorbenen, mit denen eine Organisation steht und fällt

Auf der Arbeitstagung des Verbandstages am 28. und 29. Juni 1963 in der Stadthalle in Neuss hielt Staatssekretär Prof. Dr. Müller-Armack ein Vortrag zum Thema „**Die Wohnungswirtschaft Deutschlands im Rahmen der EWG**“.<sup>16</sup>

Auf der öffentlichen Kundgebung sprach Direktor Dr. Quadt, Vorstandsmitglied der Wohnungsbauförderungsanstalt des Landes NRW über wirtschaftliche Zukunftsaufgaben des deutschen Haus- und Grundbesitzes.<sup>17</sup>

Auf der Mitgliederversammlung am 29. Juni 1963 sagte Dr. Schaub in seiner Begrüßungsansprache, dass man mit dem gastgebenden Verein Neuss dessen 50-jähriges Bestehen feiern wolle.<sup>18</sup> Er gedachte zudem der Verstorbenen. Mit Männern wie den Verstorbenen stehe und falle eine Organisation. Gerade heute sei es so schwierig, Mitarbeiter zu finden, die zugleich Sachkenntnis und Idealismus haben. Er berichtete über die Abbaugesetzgebung. Die Mitgliederzahl war um drei Prozent gestiegen. Dr. Hesberg befasste sich im Geschäftsbericht mit der Durchführung von Mieterhöhungen in den „schwarzen Kreisen“. Er erklärte sodann das Gesetz über Wohnbeihilfen.

Neben den üblichen Regularien standen Vorstandswahlen an. Die Herren Mörs aus Krefeld, Nagel aus Brühl, Drees aus Wuppertal-Barmen und Lammers aus Geldern wurden einstimmig wiedergewählt. Neu in den Vorstand wurde Johann Polifke, der 1. Vorsitzende des Bonner Vereins, gewählt.



Stadthalle in Neuss mit Banner vom Rheinischen Verband



## Verbandstag am 25. April 1964 in Krefeld mit Kritik an der unterlassenen Mieterhöhungsmöglichkeit in den „schwarzen Kreisen“

Der Verbandstag fand ohne öffentliche Kundgebung im Krefelder Hof (St. Antonstraße 40) statt, um anlässlich des 50-jährigen Bestehens des Rheinischen Verbandes den Verbandstag im größeren Rahmen durchführen zu können. Die Veranstaltung begann mit einer Arbeitstagung. Ministerialrat Dr. Zinkhan vom Bundesministerium für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung hielt einen Vortrag über das Thema: „Die Erschließungsbeiträge aufgrund des Bundesbaugesetzes nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts.“<sup>19</sup>

In der Begrüßungsansprache bedauerte Dr. Schaub, dass die Mieterhöhung in den sogenannten „schwarzen Kreisen“ unterblieben sei.<sup>20</sup> Dabei habe Dr. Adenauer kurz nach seinem Rücktritt vom Amt des Bundeskanzlers in einem Gespräch mit dem Zentralverbandspräsidenten zugesagt, dass auch in den schwarzen Kreisen bis spätestens in der zweiten Jahreshälfte 1964 zu Mieterhöhungen kommen werde. Er wandte sich auch gegen die Einführung des wiederholten Widerspruchsrechts, weil es nichts anderes als eine Verewigung des Mieterschutzrechts sei, wogegen man energisch Widerstand leisten müsse. Die Mitgliederzahl war auf 76.310 für den Rheinischen Verband und auf 18.172 Mitglieder für den Landesverband Rheinland-Pfalz angestiegen, so dass der Gesamtmitgliederbestand 94.500 Mitglieder betrug.<sup>21</sup>

Verbandsgeschäftsführer Dr. Hesberg ging in seinem Geschäftsbericht auf die Auswirkungen der Abbaugesetzgebung ein. Beabsichtigt seien eine Neuausgabe des Werbeflugblatts sowie Veranstaltungen mit Filmdarbietungen, die der Verband zur Verfügung stellen werde. Auf dem letzten Zentralverbandstag in Münster war die Sitzverlagerung von Düsseldorf nach Bonn beschlossen worden. Der Zentralverband habe in Bad Godesberg zum Zweck der Errichtung einer Geschäftsstelle ein unbebautes Grundstück zum Preis von 300.000 DM erworben. Der Zentralverband sei an die Landesverbände wegen der Finanzierung des Grundstückskaufs herangetreten. Die Rheinische Kreditgesellschaft habe dem Zentralverband für diesen Zweck ein zinsloses Darlehen von 30.000 DM mit einer Laufzeit von drei Jahren gewährt. Bereits in der Novembersitzung des Vorstandes des Rheinischen Verbandes teilte Dr. Schaub mit, dass der Zentralverband das Grundstück wieder verkauft habe, weil im Bonner Raum die Suche nach neuem Personal schwierig gewesen und die finanzielle Beanspruchung des Zentralverbandes durch die Beteiligung an der Treukredit AG und der Gesellschaft für neuzeitliche Bautechnik zu hoch gewesen sei.<sup>22</sup>

Obwohl der Zentralverbandsbeitrag erhöht worden war, verzichtete der Rheinische Verband für das Jahr 1964 auf eine Beitragserhöhung. Allerdings sei eine Erhöhung zum 1. Januar 1965 um 50 Pfennig, wovon 30 Pfennig beim Verband verbleiben würden, erforderlich. Die Beitragsanpassung wurde bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung angenommen.

Dr. Schaub wurde wiedergewählt. Auch Herr Schlösser wurde wieder zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Die ausscheidenden Vorstandsmitglieder Hansen aus Heiligenhaus, Hausmann aus Gummersbach, Papenhoff aus Neuss, Pongs aus Solingen-Ohligs und Zumbruch aus Wuppertal-Elberfeld wurden ebenfalls wiedergewählt.



Pressespiegel, Haus und Grund, Nr. 6, Juni 1964



Dr. Carl Hesberg, CDU-Bundestagsabgeordneter und Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Wohnungswesen und Raumordnung, wurde durch den Bundesbauminister Paul Lücke das „Große Verdienstkreuz mit Stern“ überreicht. Haus und Grund, Nr. 2, Februar 1964





Logo zum 50-jährigen  
Bestehen des Verbandes

## 10 Verbandstag am 18. und 19. Juni 1965 im Gürzenich in Köln anlässlich des 50-jährigen Jubiläums

Bei schönstem Sonnenwetter fand am 18. und 19. Juni 1965 im festlich geschmückten Großen Saal des Kölner Gürzenich die Jubiläumstagung des Verbandes Rheinischer Haus- und Grundeigentümer statt.<sup>23</sup> Unter den eingegangenen Glückwunschtelegrammen fand das von Bundeskanzler Ludwig Erhardt besonders viel Beachtung. Tausend Interessierte lauschten am Freitag, 18. Juni ab 17 Uhr, der Begrüßungsansprache des Verbandsvorsitzenden Dr. Schaub, den bemerkenswerten politischen Ausführungen des Bundeswohnungsbauministers Lücke mit dem Titel „**Die Zukunft gestalten**“ sowie den Schlussworten von Dr. Hesberg. Umrahmt wurde der Festakt durch Orgelvorträge von Prof. Bachem. Im Anschluss an die Mitgliederversammlung fand eine Rheinfahrt statt.<sup>24</sup>

Dr. Schaub ging in seiner Eröffnungsansprache zunächst auf die Entstehung des Verbandes im Ersten Weltkrieg ein. 1915 habe sich die mangelnde Vorsorge für die Familien der an den Fronten stehenden Soldaten auf den Haus- und Grundbesitz durch Mietausfälle stark bemerkbar gemacht. Die Haus- und Grundbesitzervereine hätten sich daher zu einem Verband zusammengeschlossen und sich um Ausgleichsmaßnahmen für die Vermieter bemüht.

Die Inflation sowie die verstärkt negativen Einstellungen zum privaten Eigentum hätten den weiteren Ausbau des Verbandes erforderlich gemacht. Die Wohnungszwangswirtschaft sei verewigt und durch die Notverordnungen der Reichsregierung künstlich verlängert worden, bis sie durch die zweite Inflation überrollt worden seien. Er ging auf die Zerstörungen durch den Zweiten Weltkrieg und den Erfolg der sozialen Marktwirtschaft beim Wiederaufbau ein. Er bedankte sich besonders beim Bundesminister Lücke für seine Förderung des privaten Eigentums. Er betonte, dass das weitere Hinausschieben der Abbaugesetze unnötig sei. Dr. Schaub schloss mit der Feststellung, dass im Rheinischen Verband seit eh und je zwischen Vermietern und Mietern nach dem Grundsatz der Partnerschaft gehandelt worden sei, das betreffe auch die Zusammenarbeit mit dem Mieterverband.



Im festlich geschmückten Großen Saal  
des Kölner Gürzenich feierte der  
Verband Rheinischer Haus- und Grund-  
eigentümer die Jubiläumstagung, 1960

Im Mittelpunkt des Festaktes stand die politische Rede des Bundeswohnungsbauministers Paul Lücke über Schicksalsfragen deutscher Politik der letzten 50 Jahre, die großen Linien der Wohnungsordnungspolitik der vergangenen 50 Jahre und der Zukunft. Zu der Frage, wie die Stadt im Jahr 2000 aussehen und ob es in ihr noch Eigentum geben werde, sagte der Minister, dass eines wichtig sei: „*Es muss möglich sein, denn eine freie Gesellschaft braucht Eigentum, um frei zu bleiben.*“

Der Verbandsgeschäftsführer Dr. Carl Hesberg erinnerte an Bismarcks Wort von der Politik als der Kunst des Möglichen: Man könne nicht immer alles erreichen, aber hier bei uns in der Bundesrepublik hätten wir jedenfalls – mit der Starthilfe Amerikas – heute eine freiheitliche und soziale Ordnung, auf der anderen Seite der Mauer leider ein freiheitfeindliches Regime nach Moskauer Prägung. Die nächsten Jahre brächten große Aufgaben und auch

neue Sorgen für den Hausbesitz, so die Erneuerung der Städte und Dörfer, die Modernisierung der Altbauten, eine gerechtere Neuverteilung der Steuerlasten aufgrund einer neuen Einheitsbewertung sowie eine Finanzreform.

Dr. Hesberg schloss seine Ausführungen mit dem Wunsch, „dass uns weitere 50 Jahre ruhigen und stetigen Aufbaus in sozialer Ordnung, in Freiheit und in Frieden beschieden seien und dass wir die Einheit Deutschlands bald erleben möchten“.

Anlässlich des 50-jährigen Bestehens gab es eine 22-seitige Sonderbeilage in der Zeitung Haus und Grund für Nordrhein-Westfalen, Nr. 7 vom Juli 1965. Auf Seite XIII wird unter der Überschrift „Dokumentarisches zur Verbandsgeschichte“ geschrieben, dass durch die Bombenangriffe des Zweiten Weltkrieges fast alle Akten, vor allem auch die gesamte Gründungsakte des Verbandes Rheinischer Haus- und Grundbesitzervereine vernichtet worden seien, obwohl sie aufgeteilt und in verschiedene ländliche Bezirke verlagert worden waren. Die vorliegende Chronik belegt, dass sehr wohl Unterlagen vorhanden waren. Die 50-Jahr-Feier fand kurz vor den Wahlen zum Deutschen Bundestag statt, an der Dr. Carl Hesberg erneut für die CDU kandidierte. Bis dahin stellte sich Dr. Hesberg als ein Feind des NS-Regimes da, obwohl er selbst Mitglied der NSDAP gewesen war.

Verbandsvorsitzender Dr. Schaub eröffnete die Mitgliederversammlung am 19. Juni 1965 mit warmen Worten für das am 16. Juni 1965 im Alter von 90 Jahren verstorbene Vorstandsmitglied, Ludwig Zopp aus Mönchengladbach.<sup>25</sup> Seit 1928 war er Mitglied des Vorstands.

Verbandsgeschäftsführer Dr. Hesberg führte aus, dass für dieses Jahr mit Rücksicht auf die umfangreiche Sonderschrift aus Anlass des 50-jährigen Jubiläums von der Herausgabe des schriftlichen Geschäftsberichtes abgesehen wurde.

Der Mitgliederbestand betrug 75.500 Mitglieder (minus 84 Mitglieder zum Vorjahr) im Rheinland sowie 18.300 Mitglieder (plus 414 Mitglieder zum Vorjahr) in Rheinland-Pfalz. Die Organisation werde in Zukunft noch größere Bedeutung als jetzt haben, sagte Dr. Hesberg. Die Probleme des Bundesbaugesetzes, aber auch das neue soziale Mietrecht würden im Vordergrund der Beratungstätigkeit stehen. Eine fachkundige Beratung der Mitglieder von kleineren Vereinen sei besonders notwendig; man könne aber nicht von ehrenamtlichen Kräften erwarten, dass sie sich voll der Betreuung der Mitglieder widmeten.

Anschließend beschäftigte er sich mit dem Entwurf des Terminverlängerungsgesetzes, das eine zeitliche Begrenzung des Abbaugesetzes vorsah. Sodann ging er auf den Entwurf des Wohnungsbauänderungsgesetzes ein. Zum sozialen Wohnungsbau führte er aus, dass im Interesse der Eigentumbildung Zinszuschüsse von vier Prozent gewährt werden würden.

Die Herren Rechtsanwalt Dr. Gemünd aus Köln, Lambert aus Aachen, Notar Dr. Maubach aus Köln, Pütz aus Würselen und Dr. Thomashoff aus Düsseldorf wurden einstimmig wiedergewählt. Dr. Thomashoff wurde gleichzeitig zum zweiten stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Anstelle des durch Tod ausgeschiedenen Herrn Zopp wurde der neue Vorsitzende des Vereins Mönchengladbach, Herr Architekt Schüren, einstimmig gewählt.



Paul Lücke, Bundesminister für  
Wohnungswesen, Städtebau und  
Raumordnung.  
Haus und Grund, Nr. 11, November 1964



Eröffnungsrede von Oberstadtdirektor i. R.,  
langjähriger Vorsitzender des  
Verbandes Rheinischer Haus- und  
Grundbesitzer e. V., Dr. Carl Schaub,  
Haus und Grund, Nr. 11, November 1964



Blick ins Publikum im Saal des Gürzenich



## 11

## Vorstandssitzungen zur Aufklärungspropaganda über die Abbaugesetzgebung, zur CDU-Wahlkampfhilfe und zum 40-jährigen Dienstjubiläum von Dr. Hesberg

Auf der Vorstandssitzung am 15. Juli 1965 im Weinhaus Bettermann in Düsseldorf wurde der Antrag des Kölner Haus- und Grundbesitzervereins einstimmig angenommen, dass der Zentralverband einen Betrag von 200.000 bis 250.000 DM für eine gezielte Aufklärungspropaganda über die Abbaugesetzgebung aufwenden sollte.<sup>26</sup> Dr. Schaub führte aus, dass der Hausbesitz ein großes Interesse daran haben müsse, dass Herr Dr. Hesberg wieder in den Bundestag komme. Die Kosten der Wahl beliefen sich auf 40.000 DM. Hiervon haben der Rheinische Verband, der Zentralverband, die Rheinische Kreditgesellschaft sowie der Verlag Haus und Grund jeweils 5.000 DM aufgebracht. Einige Vereine erklärten sich bereit, zu den Wahlkampfkosten beizusteuern.

Dr. Schaub begrüßte auf der Vorstandssitzung vom 18. November 1965 im Senats-Hotel in Köln ausdrücklich Dr. Hesberg, der erneut in den Bundestag gewählt worden war.<sup>27</sup> Zu begrüßen sei auch, dass die Koalition gesiegt habe. Zu bedauern sei allerdings das Ausscheiden von Minister Lücke aus dem Wohnungsbauministerium gewesen.

In der Vorstandssitzung am 26. März 1966 im Hotel Schultheiss am Ring in Köln führte Dr. Hesberg aus, dass er sich mit dem Vorstand des Landesverbandes Rheinland-Pfalz ausgesprochen habe.<sup>28</sup> Der Vorsitzende von Rheinland-Pfalz, Herr Wilms, hatte sich zuvor über die finanzielle Abhängigkeit vom Rheinischen Verband beklagt, weshalb es zu Differenzen gekommen war. Bereits bei der Gründung stand allerdings fest, dass sich dieser Landesverband keine eigene Geschäftsstelle würde leisten können und daher die Betreuung der rheinland-pfälzischen Vereine durch die Geschäftsstelle des Rheinischen Verbandes erfolgen sollte.

## 12

## Verbandstag am 6. Mai 1966 in Wuppertal mit scharfer Kritik am Land NRW

In der Eröffnungsansprache auf dem Verbandstag am 6. Mai 1966 im Kaiserhof in Wuppertal-Elberfeld kritisierte Dr. Schaub, dass die Landesregierung ihrer gesetzlichen Verpflichtung, die Wohnungszwangswirtschaft im Rahmen der Gesetze aufzuheben, nicht nachkommen wollte.<sup>29</sup> Dr. Schaub fragte, ob nicht das Land wegen der Untätigkeit und des damit verbundenen Mietausfalls verklagt werden sollte. Nach den Ausführungen des Verbandsvorsitzenden folgte spontan aus der Versammlung heraus der Antrag, sofort ein Protesttelegramm an den Ministerpräsidenten des Landes NRW, Herrn Dr. Meyers, zu schicken und ihn aufzufordern, die Bundesgesetze zu beachten und die vier „Weißen Kreise“ am 1. Juli 1966 freizugeben.



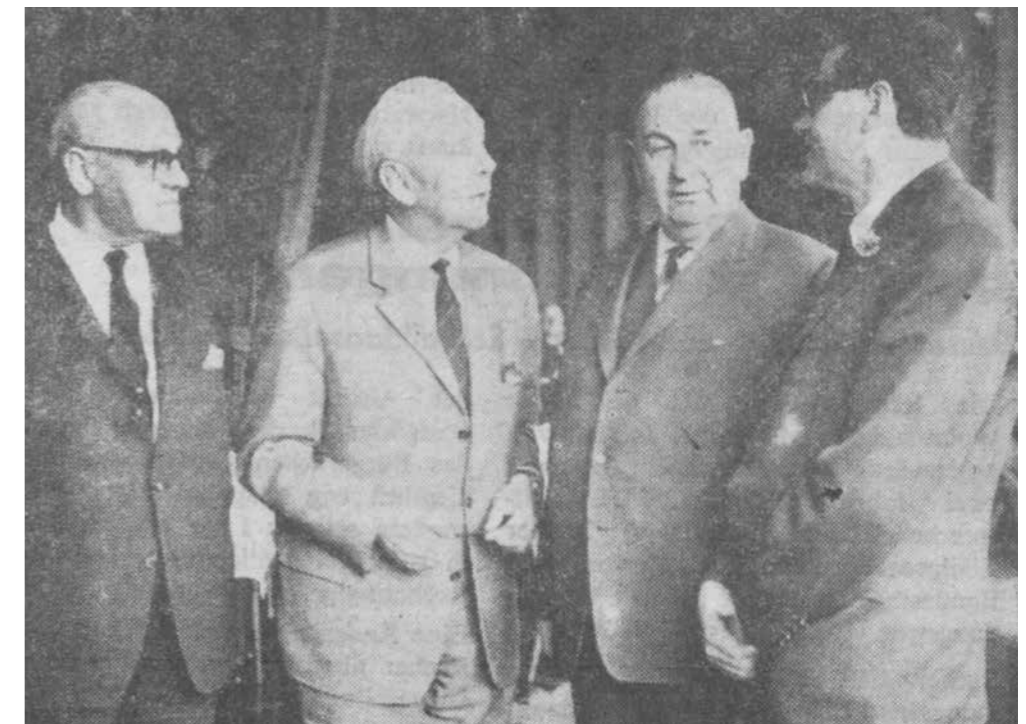
Haus und Grund, Nr.10, Oktober 1967

Wie die Landesregierung von den Bürgern erwarte, dass sie die Gesetze beachten, so erwarteten auch die Bürger die gleiche Gesetzestreue.

Dr. Carl Hesberg ging in seinem Vortrag über die Wohnungswirtschaft in der fünften Legislaturperiode ein. Auch der Rheinische Mieterbund war vertreten, und wies in einer kurzen Ansprache auf das Gemeinsame hin. Zur „**Raumordnung zwischen Wollen und Wirklichkeit**“ sprach Ministerialdirektor Dr. Göb, Leiter der Abteilung für Raumordnung und Kommunalwesen im Bundesinnenministerium.

Bereits vor der öffentlichen Kundgebung fand die Mitgliederversammlung statt.<sup>30</sup> Dr. Schaub betonte bei der Eröffnung, dass gerade in Wuppertal gewerbliche Tüchtigkeit und industrieller Fleiß Grundlagen geschaffen hätten, die dem privaten Eigentum günstig seien.

Dr. Schaub erwähnte zudem, dass Dr. Hesberg am 1. März das 40-jährige Dienstjubiläum feiern konnte. Er wisse, dass Herr Dr. Hesberg in der Nazi-Zeit seinen Mann gestanden und das damalige System abgelehnt habe. Das ergibt sich ausdrücklich nicht aus den auch beim Vereinsregister hinterlegten Protokollen der damaligen Zeit. Nach 1945 sei dann seine große Zeit gekommen. Verband, Verlag und Rheinische Kreditgesellschaft hätten seitdem eine gute Entwicklung genommen. Die Mitgliederzahl einschließlich der des Landesverbandes Rheinland-Pfalz liege bei nahezu 95.000, die Zeitung habe eine Auflage von 120.000 Exemplaren und die Rheinische Kreditgesellschaft habe bei einem Kapital



Verbandsgeschäftsführer Dr. Hesberg, Verbandsvorsitzender Dr. Schaub, Stadtverordneter Eugen Huth als Vertreter der Stadt Wuppertal, Ministerialdirektor Dr. Göb





- hatte gearbeitet, geplant; hatte mit jedem Pfennig geheizt, war bei Behörden treppauf – treppab gerannt, bis ihm die Haare zu Berge standen;
  - hatte endlos Formblätter ausgefüllt, Lektüre gewälzt über Miet-, Bau-, Grund- und sonstige Rechte, bis ihm der Schädel brummte;
  - hatte in langen Nächten Finanzierungspläne aufgestellt, sich vor- und rückversichert, bis er „fast“ sicher war;
- hatte dann schließlich gebaut – wie ein Mann, der seit dem Paradies nur Mühe und Schweiß kennt;
- hatte an Küche, Keller, Böden und Teppiche gedacht, damit es an nichts fehle, denn „Sie“ sollte sich vor allem wohlfühlen in ihren vier Wänden . . .
- So stand er eines Tages unter der Dusche, als die Klingel ihn aus weiteren Träumen riß.
- Ein Mann von der Baubehörde stand in der Tür. Richtig, der Anbau! Und jetzt fiel ihm auch der Rat des Nachbarn ein:
- Er hatte an alles gedacht – nur daran nicht, Mitglied zu werden in „HAUS UND GRUND“.

### Um ganz sicher zu sein!

Folgende Anschriften von Hauseigentümern, die an einer Mitgliedschaft im Haus- und Grundbesitzerverein interessiert sind, werden, bitte ich Ihnen mitzuteilen.		Karte zum Einlösen
1	Name Anschrift	
2	Name Anschrift	
3	Name Anschrift	Ausschneiden – auf Karte aufkleben! Karte gewinnt!!! Für jedes ausgewonnene Mitglied 1/2-Jahresbeitrag bei ihrem Haus- und Grundbesitzerverband

von 500.000 DM 19 Millionen DM an Instandsetzungs- und Modernisierungskrediten an Hauseigentümer vergeben. Seit 1953 sei er Bundestagsabgeordneter und seit 1957 Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Wohnungswesen. Dr. Hesberg habe sich um die deutsche Wohnungswirtschaft, vor allem um den privaten Haus- und Grundbesitz, große Verdienste erworben. Der Lücke-Plan, also der Abbau der Wohnungszwangswirtschaft, sei mit dem Namen Dr. Hesberg untrennbar verbunden.

Dr. Hesberg erläuterte in seinem Geschäftsbericht, dass der Kampf gegen die Zwangswirtschaft im Wohnungswesen mit Rückschlägen verbunden sei. Die Organisation habe mit der Durchführung der Mieterhöhungen nach dem Dritten Bundesmietengesetz und dem Wohnungsbindungsgesetz viel Arbeit gehabt, nicht zuletzt wegen der überaus bürokratischen Handhabung der Durchführung der Mieterhöhungen für Sozialwohnungen in NRW. Die Mitgliederzahl betrug 76.784 gegenüber 76.048 zum Vorjahr.

Die üblichen Regularien wurden erfolgreich abgehandelt. Die turnusgemäß ausscheidenden Vorstandsmitglieder, die Herren Albaum aus Langenfeld, Drees aus Wuppertal-Barmen, Lahmer aus Geldern, Nagel aus Brühl, Noble aus Duisburg, Mörs aus Krefeld und Viehöver aus Eschweiler wurden einstimmig wiedergewählt.

Mitgliederwerbung aus  
Haus und Grund, Nr. 5, Mai 1966

## 13 Verbandstag am 21. und 22. April 1967 in Solingen: „Hände weg vom Lücke-Plan“

Am 21. und 22. April 1967 fand im Konzertsaal des Theater und Konzerthauses in Solingen der Verbandstag statt.<sup>31</sup> Die Wahl fiel auf die Klingenstein Solingen, um das 75-jährige Bestehen des Solinger Haus- und Grundbesitzervereins festlich zu begehen.

Verbandsvorsitzender Dr. Schaub gedachte in seiner Eröffnungsansprache des verstorbenen Altbundeskanzlers Dr. Konrad Adenauer.

Auf der öffentlichen Kundgebung war der Zentralverbandspräsident Dr. Preusker der Hauptredner, der nachdrücklich Angriffe gegen den Bundeswohnungsbauminister Dr. Lauritzen führte. „Es besteht keine sachliche Notwendigkeit, die Bestimmungen des sozialen Mietrechts im Bürgerlichen Gesetzbuch in einem Ausmaß zugunsten der Mieter zu ändern, dass es praktisch einer neuen Entrechtung der Vermieter gleichkommt“, sagte Dr. Preusker. Der Neusser Stadtdirektor Arns war in seinem Vortrag noch deutlicher: **„Hände weg vom Lücke-Plan“**. Es sei nicht Aufgabe der Politiker, schwarze Kreise zu schützen, sondern vielmehr die Wiederherstellung der freien Wohnungswirtschaft. Dr. Wittkämper hielt einen Vortrag zum Thema **„Zurück zum totalen Mieterschutz? Untragbare Vorschläge zur Sozialklausel“** und machte schwerste Bedenken sowohl verfassungsrechtlicher als auch zivilrechtlicher Art geltend.

Die Mitgliederversammlung vom 22. April 1967 befasste sich neben den üblichen Regularien auch mit einer Beitragsanpassung in Höhe von 40 Pfennig, die letztendlich auch beschlossen wurde.<sup>32</sup> Bereits in der Begrüßungsansprache wies Dr. Schaub darauf hin, dass sich der Landesverband immer bemüht habe, sparsam zu wirtschaften, was auch die Rechnungsprüfer immer wieder bestätigt hätten. Der Rheinische Verband sei ein Dienstleistungsbetrieb, dessen allgemeiner Kostenindex an der Spitze stehe.

Die ausscheidenden Vorstandsmitglieder Hansen aus Heiligenhaus, Hausmann aus Gummersbach, Papenhoff aus Neuss, Pongs aus Solingen-Ohligs und Zumbruch aus Wuppertal-Elberfeld wurden wiedergewählt.

Für die verstorbenen Vorstandsmitglieder Albaum aus Langenfeld und Viehöver aus Eschweiler wurden Herr RA Dr. Klumpen aus Leichlingen und Herr RA Wolters aus Jülich in den Vorstand gewählt.

Dr. Schaub wurde als Vorsitzender und Herr Schlösser als stellvertretender Vorsitzender einstimmig wiedergewählt.



## Vorstandssitzung befasste sich u. a. mit einer Altersvorschrift in der Zentralverbands-Satzung



Senatshotel in Köln, 1963

In der Vorstandssitzung vom 6. April 1968 im Senatshotel in Köln berichtete Dr. Schaub, dass das Vorstandsmitglied Dr. Thomashoff in der Satzungskommission des Zentralverbandes vertreten sei.<sup>33</sup>

In dem Entwurf sind die Änderungswünsche des Zentralverbandes übernommen worden. So war die Altersvorschrift des § 7 Abs. 6 als Sollbestimmung ausgestattet worden, der Vertrauensentzug war für Vorstand und Präsidium gleich geregelt, in den Zentralausschuss konnte zukünftig im Verhinderungsfall des Geschäftsführers auch dessen Stellvertreter entsandt werden. Den Vorschlag des Ruhrverbandes, den Posten des Zentralverbandspräsidenten künftig hauptamtlich zu besetzen, fand keine Mehrheit.

I. Beitragsaufkommen	
a) Nordrhein	167000,-
b) Rheinl.-Pf.	37400,-
II. Mieterträge	
Maastricht	

Miete, Licht	8500,-
allgen. Unkosten	1650,-
Buchprüfung	700,-
Büromaterial	2500,-
Literatur	1700,-
Spenden, Jubiläen	
Geburtsst.	

## Anmerkungen

- |                                                                                          |                                                                          |
|------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------|
| <sup>1</sup> Haus und Grund Nr. 4 vom April 1960                                         | <sup>24</sup> Protokoll der Vorstandssitzung vom 10. Mai 1965            |
| <sup>24</sup> Haus und Grund Nr. 8 vom August 1960                                       | <sup>25</sup> Haus und Grund für Nordrhein-Westfalen Nr. 6 vom Juni 1965 |
| <sup>5</sup> Protokoll der Vorstandssitzung vom 21. Januar 1961                          | <sup>26</sup> Protokoll der Vorstandssitzung vom 15. Juli 1965           |
| <sup>6</sup> Haus und Grund Nr. 7 vom Juli 1961                                          | <sup>27</sup> Protokoll der Vorstandssitzung vom 18. November 1965       |
| <sup>7</sup> Protokoll der Mitgliederversammlung vom 2. Juni 1961                        | <sup>28</sup> Protokoll der Vorstandssitzung vom 26. März 1966           |
| <sup>8</sup> Haus und Grund Nr. 1 vom Januar 1961                                        | <sup>29</sup> Haus und Grund für Nordrhein-Westfalen Nr. 6 vom Juni 1966 |
| <sup>9-10</sup> Protokoll der Vorstandssitzung vom 21. Januar 1961                       | <sup>30</sup> Protokoll der Mitgliederversammlung vom 6. Mai 1966        |
| <sup>11</sup> Protokoll der außerordentlichen Mitgliederversammlung vom 9. Dezember 1961 | <sup>31</sup> Haus und Boden Nr. 5 vom Mai 1967                          |
| <sup>12</sup> Haus und Grund für Nordrhein-Westfalen Nr. 7 vom Juli 1962                 | <sup>32</sup> Protokoll der Mitgliederversammlung vom 22. April 1967     |
| <sup>13</sup> Protokoll der Mitgliederversammlung am 21. Juli 1962                       | <sup>33</sup> Protokoll der Vorstandssitzung vom 6. April 1968           |
| <sup>14</sup> Protokoll der Vorstandssitzung vom 28. April 1962                          |                                                                          |
| <sup>15</sup> Protokoll der Vorstandssitzung am 23. März 1963                            |                                                                          |
| <sup>16</sup> Protokoll der Vorstandssitzung am 23. März 1963                            |                                                                          |
| <sup>17</sup> Haus und Grund Nr. 8 vom August 1963                                       |                                                                          |
| <sup>18</sup> Protokoll der Mitgliederversammlung vom 29. Juni 1963                      |                                                                          |
| <sup>19</sup> Haus und Grund für Nordrhein-Westfalen Nr. 6 vom Juni 1964                 |                                                                          |
| <sup>20</sup> Protokoll der Mitgliederversammlung vom 25. April 1964                     |                                                                          |
| <sup>21</sup> Protokoll der Vorstandssitzung vom 26. Februar 1962                        |                                                                          |
| <sup>22</sup> Protokoll der Vorstandssitzung vom 14. November 1964                       |                                                                          |
| <sup>23</sup> Haus und Grund für Nordrhein-Westfalen Nr. 7 vom Juli 1965                 |                                                                          |